

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 17.06.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Bastian Swalve - SPD

Vertretung für: Herrn Matthias Disterheft

Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Thomas Behrens - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP

bis 17:34 Uhr; Vertretung für: Herrn Mathias Möller

Herr Stefan Wirtz - AfD

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Jens Lüttge - SPD

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

bis 17: 42 Uhr

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

bis 17:18 Uhr

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Torsten Busch - Behindertenbeirat Braunschweig e.V.

ab 15:03 Uhr, bis 17:18 Uhr; Vertretung für: Herrn Aytekin Demirbas

Herr Christian Grußka - Polizeiinspektion Braunschweig

bis 17:42 Uhr; Vertretung für: Herrn Uwe Mickler

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig e.V.

Gäste

Herr Janosch Radermacher - Umwelt- und Energie-Consult GmbH

Herr Heie Erchinger - GAVIA GmbH & Co. KG

Herr Benjamin Lerch - DB InfraGo AG

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Dirk Franke - FBL 65

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Burkhard Wiegel - FBL 66

Herr Carsten Beddig - AbtL 65.1

Herr Mehmet Esen - StL 0660.20

Herr Peter Geisenhainer-Anhalt - RefL 0660

Herr Jens-Christian Kügler - FBL 06

Herr Lars Lau - FB 66

Herr Tobias Paulke - FB 66

Frau Carina Treutel - AbtL 10.1

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

Frau Pauline Becker - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Herr Matthias Disterheft - SPD

entschuldigt

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

entschuldigt

Herr Mathias Möller - FDP

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

entschuldigt

Herr Aytakin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

entschuldigt

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

entschuldigt

Verwaltung

Frau Katja Langer - RefL 0650

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.05.2025 (öffentlicher Teil)	
3	Mitteilungen	
3.1	Planung Bioabfallvergärungsanlage - Zwischenstand Energiezusammenschluss AVB und ALBA	25-25895
3.2	Logistikstudie Innenstadt - Sachstandsbericht 2025	25-25861
3.3	7. Kompaktbericht zum Umsetzungsstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig"	25-25872
3.4	P+R-Konzept für die Stadt Braunschweig	25-25043
4	Anträge	
4.1	Qualitätsstandards für Fußwege	25-25972
4.1.1	Qualitätsstandards für Fußwege	25-25972-01
4.2	Gesamtkonzept Parken	25-25987
4.2.1	Gesamtkonzept Parken	25-25987-01
5	Stellungnahme zur geplanten Änderung des Bahnübergangs Bienrode III - Auf dem Anger	25-25831
6	Öffentliche Auslegung der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes der Stadt Braunschweig	25-25894
7	Anfragen	
7.1	Gefahrenstellen am Südsee / Schrotweg	25-25917
7.1.1	Gefahrenstellen am Südsee / Schrotweg	25-25917-01
7.2	Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen	25-25978
7.2.1	Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen	25-25978-01
7.3	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Disterheft durch Ratsherr Swalve und Ratsherr Möller durch Ratsfrau Glogowski-Merten vertreten wird und Ratsfrau Arning sowie Bürgermitglied Dr. Wendenburg entschuldigt fehlen.

Als Gäste der Sitzung begrüßt die Ausschussvorsitzende Frau Treutel (Fachbereich Zentrale Dienste, Leiterin der Abteilung Personalbetreuung, -entwicklung und -kostenabrechnung, zu TOP 12.6) sowie die Herren Radermacher (u.e.c. Berlin Umwelt- und Energie-Consult GmbH, zu TOP 3.1), Lerch (DB InfraGo AG, zu TOP 5) und Erchinger (GAVIA Gesellschaft für Beratung, Entwicklung und Management mbH & Co. KG, zu TOP 6), die per Videokonferenz an dieser Sitzung teilnehmen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schlägt vor, TOP 5 und TOP 6 an den Sitzungsbeginn vorzuziehen und vor den Mitteilungen zu behandeln, um die Wartezeit für die externen Gäste zu reduzieren.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13.05.2025 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

5. **Stellungnahme zur geplanten Änderung des Bahnübergangs Bi- enrode III - Auf dem Anger** **25-25831**

Herr Wiegel führt in die Vorlage 25-25831 ein.

Fragen zur Planung werden von Herrn Wiegel und Herrn Lerch beantwortet.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25831 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig (Anlage 2) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage 25-25894 ein.

Herr Erchinger informiert über die Inhalte und Ziele des Abfallwirtschaftskonzeptes (AWIKO) der Stadt Braunschweig für die Jahre 2026 bis 2030.

Ratsfrau Glogowski-Merten weist darauf hin, dass die Biotonnenpflicht in der Innenstadt derzeit ausgesetzt ist, was sie aufgrund logistischer Schwierigkeiten nachvollziehen kann. Sie betont die Bedeutung der Mülltrennung für Umweltschutz und Abfallvermeidung und begrüßt die geplante Ausweitung der Pflicht. Sie fragt, wie diese praktisch umgesetzt werden kann, damit künftig auch Bioabfälle aus der Innenstadt in die Biogasanlage gelangen.

Herr Erchinger bestätigt den Handlungsbedarf bei der Biotonnenpflicht in der Innenstadt und betont, dass eine Umsetzung schrittweise und individuell je Grundstück erfolgen muss. Ziel ist es, in den kommenden Jahren eine bessere Erfassungsstruktur und höhere Dichte auch in der Innenstadt zu erreichen.

Ratsherr Köster äußert sich kritisch zum Ablauf und zur Entstehung des AWIKO, insbesondere zur verspäteten Einbindung der Politik. Er hofft, dass keine erneuten Verzögerungen durch bevorstehende Gesetzesänderungen entstehen. Zudem schlägt er vor, aktuelle bauliche Entwicklungen bei der Bioabfallvergärungsanlage zu ergänzen. Er empfindet den im Entwurf des AWIKO verwendeten Begriff „Ukraine-Krise“ als verharmlosend und fordert hier eine deutlichere Formulierung. Beim Thema Restabfall wünscht sich Ratsherr Köster einen interkommunalen Vergleich, um die hohen organischen Anteile einordnen zu können. Außerdem regt er an, die Abfallhierarchie stärker zu beachten, hier insbesondere Vorsortierung und Vorbehandlung des Restabfalls. Abschließend betont er die Wichtigkeit, die finanziellen Auswirkungen geplanter Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger konkret darzustellen.

Stadtbaurat Leuer stellt klar, dass der Workshop zum AWIKO zu den entscheidungsrelevanten Inhalten stattgefunden habe. Die Vorbehandlung von Restabfall wird als wichtig, aber noch unklar in der Wirkung und Kostenfrage betrachtet. Eine Entscheidung dazu stehe noch aus. Den kritischen Hinweis auf den Begriff „Ukraine-Krise“ nimmt die Verwaltung auf. Die Übernahme der Anmerkung von Ratsherr Köster zur baulichen Entwicklung der Bioabfallvergärungsanlage wird die Verwaltung prüfen. Der interkommunale Vergleich wurde im Workshop intensiv behandelt. Braunschweig liegt laut aktuellen Werten in einem guten Bereich. Die Ergänzung der aktuellen baulichen Entwicklung bei der Bioabfallvergärungsanlage im AWIKO wird die Verwaltung prüfen.

Herr Erchinger betont, dass ein hoher Anteil an Bioabfällen im Restmüll ein bundesweites Problem sei. Niedersachsen hat im Landesabfallwirtschaftsplan noch keine konkreten Zielvorgaben festgelegt. Die Aufgabe der Reduzierung des Bioabfalls im Restmüll sei schwierig aber notwendig. Man solle sich ihr stellen, statt sich mit dem Vergleich zu anderen Städten zu beruhigen.

Ratsherr Köster fordert, dass die Verwaltung den Ratsbeschluss zum AWIKO aus dem Jahr 2018 vollständig umsetzt. Die Politik solle nicht nur vor wichtigen Entscheidungen, sondern von Beginn an und kontinuierlich in den Prozess eingebunden werden.

Ratsherr Dr. Plinke unterstützt die mit dem AWIKO vorgeschlagenen Maßnahmen, weist aber vor dem Hintergrund der gesetzlich vorgeschriebenen Recyclingquote von 65 Gewichtsprozent bis 2035 darauf hin, dass es nach der Umsetzung eine Zwischenbilanz geben müsse, um zu prüfen, ob die Quote erreicht werden kann oder nachgesteuert werden muss. Er regt an, dafür einen zeitlich passenden Meilenstein gegen Ende des Jahrzehnts einzuplanen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass das AWIKO zwar im 5-Jahres-Rhythmus aktualisiert wird, dies aber nicht bedeutet, dass bis zum Jahr 2030 keine Anpassungen erfolgen. Die Abfallwirtschaft sei dynamisch und bei neuen Entwicklungen oder gesetzlichen Vorgaben werde die Verwaltung auch vor dem Jahr 2030 reagieren und Maßnahmen anpassen. Die Verwaltung bleibe handlungsfähig und überprüfe kontinuierlich die Wirksamkeit der Maßnahmen.

Ratsherr Wirtz kritisiert die im aktuellen AWIKO fehlenden Zielwerte. Es werde nur der Ist-Zustand detailliert dargestellt, während die geplanten Entwicklungen zu knapp und unübersichtlich dargestellt seien. Eine klare, zusammenfassende Tabelle mit den angestrebten Zielen, wie diese im Workshop gezeigt wurde, fehle hingegen und wäre für Transparenz und Übersichtlichkeit hilfreich gewesen. Er regt an, diese nachträglich noch in das AWIKO aufzunehmen.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Prüfung zu.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 15:54 Uhr die Sitzung.

Für Ratsherr Kühn bleibt bisher unklar, welchen konkreten Maßnahmen in den nächsten fünf Jahren entscheidend zur Zielerreichung (65-Prozent-Quote) beitragen sollen. Die in Planung befindliche Bioabfallvergärungsanlage sieht er hierfür jedoch als zentralen Baustein an. Außerdem weist er auf die aktuelle Verunsicherung bei der Sammlung von Alttextilien hin. Hier bestehe aus seiner Sicht insbesondere im Hinblick auf neue gesetzliche Pflichten für Hersteller Aufklärungsbedarf. Auch dieser Aspekt sollte künftig im AWIKO Berücksichtigung finden.

Die Hauptaufgabe besteht für Herrn Erchinger darin, den Restabfall in Braunschweig deutlich zu reduzieren - insbesondere durch eine bessere Getrenntsammlung von Bioabfall, Papier und Wertstoffen. Dafür sind viele Einzelmaßnahmen und ein stärkeres Bewusstsein nötig, auch unter Berücksichtigung der Gebührenfinanzierung. Zum Thema Alttextilien weist Herr Erchinger auf die bundesweit herrschende Verunsicherung hin. Seit Januar 2025 sind Kommunen verpflichtet, ein Sammelsystem anzubieten. Marktp Probleme, geopolitische Krisen und die Qualität gesammelter Alttextilien haben jedoch zu erheblichen Unsicherheiten geführt. Die Situation soll sich aber stabilisieren und Bürger sollen weiterhin brauchbare Textilien getrennt abgeben.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt die Vorlage 25-25894 zur Abstimmung.

Beschluss:

„Der vorliegende Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes für die Jahre 2026 bis 2030 wird zwei Wochen öffentlich ausgelegt und die Träger öffentlicher Belange werden beteiligt.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

3. Mitteilungen

3.1. Planung Bioabfallvergärungsanlage - Zwischenstand Energiezusammenschluss AVB und ALBA 25-25895

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-25895.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos nimmt ab 16:06 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Radermacher erläutert die Abwägung der Vor- und Nachteile eines Energiezusammenschlusses von ALBA GmbH und dem Abwasserverband Braunschweig.

Ratsfrau Glogowski-Merten erkundigt sich nach der Wirtschaftlichkeit der Befüllung der Bioabfallvergärungsanlage. Konkret möchte sie wissen, wie eine kontinuierliche Versorgung mit ausreichend Material zur Energiegewinnung sichergestellt werden soll. Zudem fragt sie, ob es Überlegungen gibt, zusätzlich zu den Bioabfällen auch Abfälle aus der Region/von anderen Gemeinden einzubeziehen.

Herr Radermacher erläutert, dass die geplante Biogasanlage für 30.000 Tonnen Bioabfall pro Jahr ausgelegt ist, derzeit in Braunschweig jedoch nur etwa 20.000 Tonnen gesammelt werden. Es bestehe noch Potenzial für zusätzliche Mengen innerhalb der Stadt. Da zu Beginn nicht mit der vollen Auslastung zu rechnen sei, liege es in der Verantwortung der ALBA, weitere Abfälle zu beschaffen. Zudem wurden weitere Abfallschlüssel genehmigt, etwa für Garten- und Parkabfälle sowie Speiseabfälle aus Kantinen, um die Flexibilität und Auslastung der Anlage zu erhöhen.

Aus Sicht von Ratsfrau Glogowski-Merten erscheint es wirtschaftlich riskant, sich auf optimistische Annahmen zu verlassen und betont, dass Planungssicherheit wünschenswert wäre.

Herr Radermacher bestätigt auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke, dass die Anlage genug Biogas erzeugen wird, um ihren eigenen Wärmebedarf zu decken.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25895 wird zur Kenntnis genommen. Die neue Bioabfallvergärungsanlage kann damit weiter erarbeitet und ausgeschrieben werden.

3.2. Logistikstudie Innenstadt - Sachstandsbericht 2025

25-25861

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-25861.

Stadtbaurat Leuer informiert auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke zum täglichen Fahrzeugaufkommen im Wirtschaftsverkehr, dass derzeit keine genauen Informationen darüber vorliegen. Vorhanden sind jedoch Daten zur Anzahl der Sendungen sowie eine Prognose bis 2030, die von etwa 1,4 Millionen Sendungen ausgeht. Die Anzahl und Art der Fahrzeuge hängt künftig stark davon ab, wie der Verkehr - insbesondere in der Fußgängerzone - gestaltet wird, etwa hinsichtlich Antriebsart und Fahrzeuggröße.

Ratsherr Behrens regt zum geplanten Pilotprojekt Mikrodepots an, diese an wichtigen Knotenpunkten des strategischen Zielnetzes des Mobilitätsentwicklungsplans zu platzieren.

Herr Wiegel berichtet, dass sich die genaue Ausgestaltung der Mikrodepots noch in Planung befindet. Es wird diskutiert, wie z. B. Pakete zentral angeliefert und per Lastenrad verteilt werden könnten. Geeignete Standorte entlang wichtiger Routen sind grundsätzlich sinnvoll, werden jedoch oft durch begrenzte Flächenverfügbarkeit (Mikrodepots entstehen häufig auf privaten Flächen) erschwert. Um passende Lösungen zu finden, wurde die Dialogplattform „Nachhaltige Entwicklung von Handel und Logistik“ eingerichtet, auf der Grundstückseigentümer, KEP-Dienstleister und Verwaltung gemeinsam nach Lösungen für geeignete Standorte suchen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Pohler bestätigt Herr Wiegel, dass durch den Austausch mit den KEP-Dienstleistern deren Erfahrungen aus anderen Städten in die Planungen in Braunschweig einfließen. Zudem soll die bestehende Beschilderung von Liefer- und Ladezonen sichtbarer gemacht und durch neue Schilder ergänzt werden.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25861 wird zur Kenntnis genommen.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-25872.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth informiert Herr Paulke über die erfolgte Abfrage in städtischen Schulen zu bestehenden Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und weiterem Bedarf. Nicht alle Schulen haben einen Bedarf gemeldet. Ähnliche Bedarfsabfragen gibt es auch bei anderen öffentlichen Einrichtungen. Zu den überdachten Abstellanlagen an Haltestellen und in Wohngebieten führt Herr Paulke aus, dass an einigen ÖPNV-Endhaltestellen bereits Maßnahmen umgesetzt wurden. Die Ausstattung von Haltestellen erfolgt weiterhin im Zusammenhang mit anderen Baumaßnahmen. Der Hauptbahnhof wurde dabei nicht berücksichtigt, da er keine klassische Endhaltestelle ist; seine Planung läuft jedoch unabhängig davon weiter. Ein umfassendes stadtweites Konzept für Fahrradabstellanlagen in Wohngebieten existiert noch nicht, soll aber erarbeitet werden. Dabei sollen Aspekte wie Flächenbedarfe, Bauweisen und Erfahrungen anderer Städte berücksichtigt werden.

Ratsherr Behrens kritisiert den langsamen Fortschritt beim Ausbau von Radwegen. Da von den geplanten 35 Kilometern bislang erst 3,5 Kilometer gebaut wurden fragt er, wie die Umsetzung beschleunigt werden kann, um das Gesamtziel besser zu erreichen. Zudem bittet Ratsherr Behrens um Erläuterungen zur Wallringroute/Querung Am Theater und den Bau neuer Fahrradabstellanlagen grundsätzlich mit Überdachung.

Stadtbaurat Leuer unterstreicht, dass die Umsetzung von Radwegprojekten hohe Priorität besitzt, aber langsamer als gewünscht verläuft, dies jedoch nicht aus bautechnischen, sondern aus Beteiligungs- und Abstimmungsgründen. Dennoch zeigt er sich zuversichtlich, dass im Zuge großer Infrastrukturprojekte (z. B. Stadtbahnausbau in Volkmarode oder Rautheim) hochwertige Radwege realisiert werden und dadurch an Schnelligkeit gewonnen wird.

Zur Querung Am Theater erläutert Stadtbaurat Leuer die spätere Umsetzung, um eine Überlastung durch parallele Baustellen zu vermeiden. Die Planungen hier laufen jedoch weiter und werden umgesetzt, sobald es baulich sinnvoll ist. Andere Teilbereiche der Wallringroute, etwa Am Wendentor oder an der Celler Straße, werden z. B. durch Maßnahmen der Braunschweiger Verkehrs-GmbH bereits vorangebracht. Fahrradabstellanlagen mit Überdachung sind nicht überall möglich. Oft befinden sich Fahrradständer an engen Stellen, an denen keine Überdachung realisierbar ist. Es brauche hier individuelle Lösungen, eine pauschale Nachrüststrategie ist nicht umsetzbar.

Bürgermitglied Schroth bittet die Verwaltung, zur Erhöhung der Radverkehrssicherheit die abgefahrene Rotmarkierung am Theater kurzfristig zu erneuern. Die bisherige Markierung habe laut Rückmeldungen des ADFC deutlich zur Erhöhung der Sicherheit für Radfahrende beigetragen.

Stadtbaurat Leuer sagt eine Erneuerung der betreffenden Markierung noch in diesem Jahr zu.

Ratsherr Dr. Plinke weist auf den Unfallhäufungspunkt Steinweg/Am Theater hin. Das dort aufgestellte Stopp-Schild sei nicht mehr wirksam, weshalb er um verstärkte Verkehrsüberwachung bittet. Zudem kritisiert er, dass noch kein umfassender Bericht zum Qualitätsstandard für Fahrradstraßen und -zonen vorgelegt wurde und fragt nach einem konkreten Zeitplan zur Vorlage dieses Berichts.

Nach Beobachtung von Stadtbaurat Leuer ist das aufgestellte Stopp-Schild wirksam, da es das Fahrverhalten verbessert habe. Er geht davon aus, dass die Polizei die Verkehrssituation gelegentlich überprüft. Zum Thema Fahrradstraßen erklärt Stadtbaurat Leuer, dass es derzeit noch kein Gesamtkonzept gibt, aber daran gearbeitet werde. Ziel sei eine von der Stadtgesellschaft akzeptierte Lösung. Einzelmaßnahmen werden jedoch weiterhin umgesetzt. Einen umfassenden Bericht kündigt er für den Früh-Herbst 2025 an.

Ratsfrau Glogowski-Merten fragt, wie oft Rotmarkierungen erneuert werden müssen und ob das verwendete Material Mikroplastik freisetzt, was ihr angesichts des Umweltaspekts problematisch erscheint. Sie regt an, diesem Thema mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Haltbarkeit der Rotmarkierungen abhängig ist von Material und Verkehrsbelastung und daher stark variiert. Das Problem von Mikroplastik ist bekannt und es werde an umweltfreundlicheren und langlebigeren Alternativen gearbeitet.

Bürgermitglied Schroth sensibilisiert hinsichtlich der Verkehrsbereichs Steinweg/Am Theater hinsichtlich einer gefährlichen Situation für Radfahrende durch nach rechts in die Ehrenbrechtstraße abbiegende Autofahrerinnen und Autofahrer. Sie bittet um verstärkte Überwachung durch die Polizei.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25872 wird zur Kenntnis genommen.

3.4. P+R-Konzept für die Stadt Braunschweig

25-25043

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung 25-25043.

Ratsherr Wirtz kritisiert eine aus seiner Sicht unzureichende Planung von P+R-Parkplätzen im Westen der Stadt, insbesondere die geplanten 30 Parkplätze in Lamme-Süd. Angesichts von 10.000 täglichen Einpendlern aus dieser Richtung hält er diese Maßnahme für völlig unzureichend. Er weist darauf hin, dass das ÖPNV-Angebot in diesem Bereich schwach ist und ein einzelner Bus, der im Stau steht, keine attraktive Alternative darstelle. Stattdessen schlägt Ratsherr Wirtz vor, P+R-Standorte näher an Lehdorf oder zwischen Lehdorf und Kanzlerfeld zu planen, wo bereits mehrere Buslinien verkehren und die Stadtbahn verlängert werden soll. Er fordert ein mutigeres Konzept, da sich andernfalls in den nächsten zehn Jahren wenig ändern werde.

Stadtbaurat Leuer verteidigt das Vorgehen im P+R-Konzept gegen den Vorwurf der Mutlosigkeit. Statt unrealistische Maßnahmen in wenig erschlossenen Bereichen wie Lamme-Süd zu verfolgen, konzentriere sich die Verwaltung bewusst auf Orte mit gutem schienengebundenen Nahverkehr (SPNV), um dort effektive Umstiegsmöglichkeiten zu schaffen. Er betont, dass Umstiege nur dann attraktiv sind, wenn sie frühzeitig - bevor die Innenstadt in Sichtweite kommt - erfolgen und die Umstiegsorte eine gewisse Qualität bieten. Ziel sei es, gezielt und bedarfsgerecht zu planen, statt flächendeckend ohne Rücksicht auf tatsächliche Nachfrage und bestehende Infrastruktur.

Ratsfrau Jalyschko lobt die vorgelegte Planung als solide Grundlage mit langfristigem Handlungspotenzial. Sie unterstützt den Fokus auf Standorte mit SPNV. Schienenverkehr biete aus ihrer Sicht gegenüber dem Busverkehr psychologische und praktische Vorteile (Komfort, Geschwindigkeit, Verlässlichkeit), die einen Umstiegsanreiz erzeugen. Gleichzeitig betont Ratsfrau Jalyschko, dass auch sog. Push-Faktoren (Maßnahmen, die das Autofahren unattraktiver machen) nötig seien, um Verhaltensänderungen zu bewirken und die Verkehrswende wirksam voranzutreiben.

Ratsherr Behrens betont die Bedeutung von innerstädtischen Parkhäusern, um Straßenflächen für Rad- und Fußverkehr freizumachen. Er warnt davor, bei geringer Nachfrage P+R-Plätze einfach abzuschaffen, da dies dem Ziel einer attraktiven, autoarmen Innenstadt widerspreche. Stattdessen sollten Parkhäuser in Quartiersgargagen umgewandelt werden und rund um Uhr geöffnet haben. Ziel sei es, den Autoverkehr in die Innenstadt unattraktiver zu machen, um Umstiege auf den ÖPNV zu fördern. Dafür müssten P+R-Angebote (auch in größerem Umfang) vorhanden sein - und nicht erst geschaffen werden, wenn die Nachfrage steigt.

Ratsherr Dr. Plinke kritisiert die geringe Zielvorgabe von nur 1 % Pendleranteil für die Nutzung von P+R im Konzept und stellt infrage, ob dies tatsächlich die Ambition des Projekts widerspiegelt und fragt, ob die Studienautoren von der Verwaltung etwa in Bezug auf anzustrebende P+R-Nutzerzahlen oder Zielwerte aus dem Mobilitätsentwicklungsplan Vorgaben erhalten haben. Zudem weist Ratsherr Dr. Plinke darauf hin, dass nicht alle Pendler potenzielle P+R-Nutzer sind, etwa solche mit firmeneigenen Parkplätzen im Stadtgebiet. Für sinnvoll hält er P+R-Angebote vor allem für Besucher und Pendler mit Ziel Innenstadt, um dort den Kfz-Verkehr zu reduzieren und die Lebensqualität zu steigern.

Stadtbaurat Leuer stellt klar, dass es seitens der Verwaltung keine Vorgabe an den Gutachter gab, mit einem Pendleranteil von 1 % für P+R zu rechnen. Der Gutachter habe diese Annahme eigenständig auf Grundlage seiner Erfahrung getroffen. Auch wenn die Zahl nicht besonders ambitioniert erscheine, wird sie vor dem Hintergrund der aktuellen Auslastung und der Gesamtbewertung des Verkehrssystems in der Stadt als realistisches Ziel angesehen.

Ergebnis:

Die Mitteilung 25-25043 wird zur Kenntnis genommen.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung in der Zeit von 17:18 Uhr bis 17:26 Uhr für eine Sitzungspause.

4. Anträge

4.1. Qualitätsstandards für Fußwege

25-25972

4.1.1. Qualitätsstandards für Fußwege

25-25972-01

Ratsfrau Kluth bringt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Antrag 25-25972 ein und begründet diesen.

Stadtbaurat Leuer erläutert die Stellungnahme 25-25972-01.

Ratsfrau Hahn beantragt, den Antrag 25-25972 passieren zu lassen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag auf passieren lassen zur Abstimmung.

Beschluss zum Antrag 25-25972:

~~Die Maßnahme F1 „Qualitätsstandards für den Fußverkehr festlegen, umsetzen und nachrüsten“ aus dem Mobilitätsentwicklungsplan 2035+ wird vorrangig umgesetzt. Hierzu wird konkret die folgende Maßnahmenbeschreibung aus dem MEP beschlossen:~~

~~„Für die Konzeption eines stadtweiten Fußwegenetzes werden auf den gängigen technischen Regelwerken (EFA, RAS, H BVA, DIN 18040) beruhende Qualitätsstandards (in Bereichen wie Längsverkehr, Querungen, Barrierefreiheit, Führung mit dem Radverkehr etc.) für die Fußverkehrsinfrastruktur erarbeitet“ (MEP, Maßnahme F1).~~

~~Mit der Umsetzung dieser Maßnahme ist zeitnah zu beginnen. Erste Ergebnisse sollen spätestens im vierten Quartal 2025 vorgelegt werden.~~

~~Haushaltsmittel für die Umsetzung dieses Beschlusses sollen aus den im Haushalt zur Verfügung stehenden Mitteln entnommen werden (s. Projekt 4S.66 Neu „MEP / Förderung Fußverkehr“).~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis zur Stellungnahme 25-25972-01:

Die Stellungnahme 25-25972-01 wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Gesamtkonzept Parken

25-25987

4.2.1. Gesamtkonzept Parken

25-25987-01

Ratsherr Dr. Plinke bringt für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Antrag 25-25987 ein und begründet diesen.

Ratsfrau Hahn beantragt, den Antrag 25-25987 passieren zu lassen.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth stellt den Antrag auf passieren lassen zur Abstimmung.

Beschluss zum Antrag 25-25987:

~~Die Verwaltung wird gebeten, auf der Grundlage der Maßnahmen P3 bis P6 des Mobilitätsentwicklungsplans 2035+ (MEP) und unter Einbeziehung von Erkenntnissen aus dem Evaluationsbericht zur Ausweitung der Parkgebührenpflicht innerhalb der Okerumflut (Mitteilung 24-24003) ein Konzept für flächendeckendes Parkraummanagement zu erstellen. Dabei sind die quantitativen und qualitativen Belange der Anwohnenden und ihrer Gäste sowie von z.B. Handwerkern, Pflegediensten, Hebammen, Lieferdiensten etc. einzubeziehen. Ziel soll es sein, die vorhandenen Flächen für die Parknutzung zu optimieren und Parksuchverkehre zu vermeiden. Anwohnerparken im „Mischprinzip“ mit Parkschein und Kurzzeitparken sowie die Lenkung in die Parkhäuser können wirksame Mittel sein. In dem Konzept sind Vorschläge für die angemessene Höhe der Parkgebühren zu präsentieren.~~

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf passieren lassen):

dafür: 11 dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis zur Stellungnahme 25-25987-01:

Die Stellungnahme 25-25987-01 wird zur Kenntnis genommen.

7. Anfragen

7.1. Gefahrenstellen am Südsee / Schrotweg

25-25917

7.1.1. Gefahrenstellen am Südsee / Schrotweg

25-25917-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25917-01 wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen

25-25978

7.2.1. Verkehrssicherheit im Bereich Lessingplatz, Bruchtorwall, Kalenwall erhöhen

25-25978-01

Auf Nachfrage von Ratsfrau Kluth zur zeitlichen Umsetzung verweist Stadtbaurat Leuer auf das für die 88 Maßnahmen des Mobilitätsentwicklungsplans in Erstellung befindliche Umsetzungskonzept. Dieses soll im September den Gremien vorgelegt werden.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 25-25978-01 wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Mündliche Anfragen

7.3.1

Ratsfrau Kluth fragt vor dem Hintergrund einer ihr zugegangenen Bürgeranfrage im Zusammenhang mit der Ahndung von ordnungswidrig abgestellten Kraftfahrzeugen nach dem Widmungsstatus der Lichtwerkallee.

Stadtbourat Leuer informiert über den aktuell erfolgenden Endausbau der Lichtwerkallee, die im Laufe 2025 weitgehend fertiggestellt sein soll. Die Verwaltung werde zeitnah prüfen, ob bereits fertiggestellte Teilabschnitte zur Widmung vorgezogen werden können. Die Verwaltung habe bei störend abgestellten Kraftfahrzeugen auf noch ungewidmeten Verkehrsflächen jedoch keine Handlungsmöglichkeiten. Bis zur Widmung liege diese beim Investor/Bauträger.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:00 Uhr.

gez. Kluth
Kluth
- Vorsitz -

gez. Leuer
Leuer
- Stadtbourat -

gez. Ender
Ender
- Schriftführung -